

Kenico.
htung!
 und Geländermacher.
 der forchene prov. Handgriff und
 henen Stielen sowie 10 ehm
 1 ehm tannen 10 mm, 2 ehm
 8x24 mm reine Bretter, eine
 demem Werkzeug hat gegen bar

Gottlieb Fix.

schönste Auswahl in
 rigner, Rhönig
aschinen
 : Handwerkermaschinen
 Preisen finden Sie bei
rzog, Calw,
 lung und Reparatur-
 ertstätte.

und
 achlatten-Lieferung.
Dachlatten waggonweise?
 Station gegen sofortige Rasse
 alle erbeten.

en, Puhmühlen,
tmühlen,
 liche Maschinen
 Geräte,
 waschinen und
 missionen

ackenhuth,
 Verkstätte, Calw.
 Räume in der Veranffe.

reunholz
 enge, auch Sämebl,
 weite gegen Kaffe.
 zgroßhdig., Stuttgart
 Forststraße 102 A und B

Grünbach.
 Eine gute
**Kub- und
 Fahrkub,**
 20 Wochen
 rechtig, steht dem Verkauf
 aus
Gottlieb Rau.

Stiebersberg.
 Untergründer verkauft eine
 mittel schwere
**Kub und
 Fahrkub,**
 37 Wochen rechtig, unter
 2 die Wahl.
Robert Kraft.

Konto-Büchlein
 empfiehlt die
G. Nech'sche Buchdruckerei.

Wegzugpreis:
 Dieselölbericht in Neuen-
 bürg, 8. 10. Durch die
 Post im Orts- und Ober-
 amts-Verkehr sowie im
 postigen inländ. Verkehr
 6.80 m. Postbestellgeld.
 In Abzug von höherer Gewalt
 besteht kein Anspruch auf Erhö-
 hung der Zeitung oder auf
 Rückzahlung des Wegzugpreises.

Bestellungen nehmen alle
 Poststellen in Neuenbürg
 außerdem die Ansträger
 jederzeit entgegen.

Gr. Fonto Nr. 24 bei
 der Oberamts-Sparkasse
 Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.
 Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
 Druck und Verlag der G. Nech'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom), für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigerpreise:
 Die einseitige Preisliste
 der deren Raum 20 J.
 außerhalb des Bezirkes
 5 J. bei Anstufung
 lang durch die Geschäfts-
 Nr. 30 J. extra.
 Kellome, Seite 1. A
 Bei größeren Aufträgen
 entsprech. Rabatt, der in
 Falle des Mahnerjahres
 hinsichtlich wird.

Schluss der Anzeiger-
 Annahme 8 Uhr nach
 Fernsprecher Nr. 4.
 für telef. Aufträge wird
 keinerlei Gewähr abge-
 nommen.

Rundschau.

Die politischen Bogen sind während der letzten Woche in unserer engeren Heimat höher gegangen als sonst. Der Reichsfinanzminister Erzberger hielt seine vielbesprochenen und vielumstrittenen Reden in Stuttgart, Eibrod, Ravensburg und Friedrichshafen. Eine Reihe von Ministern deutscher Einzelstaaten war mit dem Reichsfinanzminister Schmidt in Stuttgart versammelt, um die wichtigsten Ernährungsfragen zu besprechen und natürlich auch die Kohlenfrage. Die Deutschdemokratische Partei hielt ihre Jahresversammlung, von früher her Dreikönigsparade genannt, auf revidierter Grundlage; denn sonst war es eine rein schmückende Veranstaltung, diesmal reichte ihr Rahmen weit über die Landesgrenzen hinaus und vom allen Parlamentarismus war nichts mehr zu spüren, wohl aber eine Vorliebe für den deutschen Einheitsstaat.

Bei allen diesen Gelegenheiten war die Not unserer Zeit das beherrschende Thema. Wie ein graues Gespenst streift uns zu allernächst die Furcht vor dem Hunger. Diese Sorge überwiegt die anderen, mögen sie noch so groß und drängender Art sein. Die Heraushebung der Preise für Milch und Butter, noch mehr natürlich die Erhöhung des Brotpreises, hat bereits eine neue Arbeiterbewegung hervorgerufen. Die Preisfrage sind denn auch in der Tat zu groß, um selbst im sparlichsten Haushalt ihre verhängnisvolle Wirkung zu verfehlen. Man hat auf der Ministerkonferenz vor Schwarzburger gewornt; aber wir halten das für die bestmögliche weise Sache, mit der jetzt alle Krankheiten behandelt werden. Die sozialdemokratischen Minister müssen einsehen, daß ihre reine Konsumentenpolitik zusammenbricht. Sie haben es gut gemeint und doch falsch gemacht. Mit Hilfe der Zwangswirtschaft wollten sie die Preise niedrig halten, haben aber die Erzeugung halb erstickt. Es ist kein Zweifel mehr, daß wir längst vor Beginn des neuen Wirtschaftsjahres mit unseren Erntevorräten zu Ende sein werden und bei der Bilanz nur zu fabelhaften Preisen, wenn überhaupt, im Ausland kaufen können. Dazu kommt noch die Kohlennot. Die Folge ist die Antändigung einer neuen Eisenbahnsperrre auf etwa 14 Tage. Die Gefahr ist größer, als die Minister sagen. Schon eine mehrwöchige scharfe Frostperiode mit Schließung der Wasserströme kann uns die Hungersnot bringen.

Das ist so die rechte Zeit für die Schieber und Wucherer. Sie sitzen aber schon lange nicht mehr bloß in den Städten, ihr Gift bringt jetzt auch in die Kreise ein, die sich alle die Jahre hindurch ausgehalten hatten, und so auch in die Landwirtschaft. Wir bestreiten garnicht, daß, wenn man alles Pfennig auf Pfennig zusammenrechnet, namentlich wenn man die wucherischen Hauptpreise betrachtet, und die hohen Löhne dazu nimmt, der Milchpreis auch mit 75 Pfennig für den Liter die Gestehungskosten des Landwirts nicht überall voll deckt. In den eigenen Milchviehställen der Städte kommt die Milchzeugung mindestens doppelt so hoch, im eigenen Stall eines württembergischen Pflanzensetzers so ziemlich aufs dreifache. Trotzdem muß die Landwirtschaft ein Einsehen haben und bei der Milch ein Opfer bringen; denn es handelt sich um Kinder und Greise, deren Leben von der Milchmahlung abhängt, und erst recht um alle Kranken. Schon wieder geht eine Bewegung durchs Land, noch höhere Milchpreise zu erzwingen, weil ja auch der Landwirt bei dem, was er selbst bezahlen muß, keine Schonung findet. Landwirte tut das nicht. Der Bauer hat jetzt ja die Jahre. Er muß seinen Stolz darin sehen, in der allgemeinen Not das Milchopfer zu bringen.

Die Beziehungen zwischen dem Reich und den Gliedstaaten, früher Bundes- oder Einzelstaaten genannt, waren bisher der Pflege durch Gesandtschaften übergeben, wie sie auch zwischen den Einzelstaaten selbst bestanden. Damit soll nun ausgeräumt werden, was gewiß kein Fehler ist, da wir doch ausschließlich von Berlin aus regiert werden. Die Kosten für die paar württembergischen Gesandtschaften sind zu sparen. Dazu gehört aber auch die bisherige Gesandtschaft in Berlin, die bloß noch einen Versorgungsposten für einen Parteihauptling darstellt. Es kann Deutschland unter Verzicht nicht wieder besser gehen, wenn die Zahl der Beamten und Priester immer noch vermehrt wird, statt sie zu vermindern.

Die Friedensratifikation, die bereits dreimal verschoben wurde, soll nun am dem Tage, an dem diese Zeilen in den Druck gehen, vollzogen werden. Es hat uns nochmals schwere Opfer gekostet, auf die wir erst zurückkommen wollen, wenn die neuen Schmachbedingungen im Wortlaut vorliegen. Am besten wäre es, wenn man unter Schweiß perücken könnte. Immer neue Enthüllungen, wie der Briefwechsel zwischen Kaiser Wilhelm II. und dem russischen Zaren Nikolaus oder die Enthüllungen über den österreichischen Sonderfriedensvertrag von 1917 durch den Bringen Sirus von Parma und über das unehrliche Spiel seines Schwagers, des Kaisers Karl, lassen einen nicht zur Ruhe kommen. Was von jedem aufrichtigen Vaterlandsfreund unangenehm in dieser Zeit lieber Schmach empfinden wird, ist wie verletzende Art, wie der Erzähler in den Tagen seiner Macht und Größe über den Schmach der deutschen Gmigkeit, unseren großen Bismarck, urteilt, während er gegenüber dem ehem. Zaren eine durch die späteren Ereignisse nicht angebrachte Liebeserklärung befaßt. Man hat den Eindruck, daß vieles in diesen Briefen Geschriebene besser ungeschrieben geblieben wäre, wie überhaupt die impulsive Art des Erzählers Deutschland wiederholt Ruhestätte brachte. Unruhen herrschen übrigens auch schon wieder am Balkan, in Kappadokien und dem Sudan und schließlich in Rußland, wo Trotzki wieder einmal ermordet worden sein soll, nach wie vor aber noch unter den Lebenden weilt. Auch die englischen Flottenmanöver im Mittelmeer haben in Italien nicht eben beruhigend gewirkt. Der neue Friede steht schon wieder nach Krieg aus.

Deutschland.

Karlruhe, 9. Jan. Eine große von etwa 4000 Personen besuchte Eisenbahnerversammlung, worunter auch Regierungsvertreter und Landtagsabgeordnete verhandelte gestern über Teuerungsrückgang und Beschaffungszugelen und über die an die Regierung gestellten Forderungen. Auf die Ausführungen veranschaulicher Redner erklärte Finanzminister Dr. Wirth u. a.: Die Forderungen, die heute aufgestellt worden seien, würden für das Jahr 1920 eine Wehrforderung von 330 Millionen Mark bedeuten. Die Weider für die Staatsverwaltung müsse die Regierung pumpen. Die Regierung müsse heute bei Banken, Konjunktur und Sparkassenverbänden die Millionen aufzubringen suchen, die die im November vom Landtag bewilligte Beschaffungszugelen beanspruche. Die Eisenbahntarife müßten um ein ganz Gewaltiges erhöht werden, damit wir aus dieser Defizitwirtschaft herauskommen. Es sei richtig: Erhöhung der Preispreise bedeute Erhöhung der Löhne und Gehälter. Es sei keine Regierung zu finden, die heute noch an den Abbau der Preise denken könne. Man solle die Zeit der einmaligen Beschaffungshilfe beenden und dafür die Löhne erhöhen, denn so kommen wir keinen Schritt weiter. Was Mann und Familie brauchen, müsse in Lohn und Gehalt ihnen zuteil werden.

Einem Rammheimer Rangierer, der eine Beschaffungshilfe von mindestens 500 Mark innerhalb 8 Tagen forderte, andernfalls mit Streik drohte, entgegnete er, daß er es ablehne von Rammheim ein Ultimatum entgegenzunehmen. Er lasse sich von Rammheim nicht die Pistole auf die Brust legen. Wenn die Arbeiter Beschaffungshilfe für sich selbst. Nach stürmischen Zwischenrufen u. a.: „Schmeißt ihn raus!“ aber auch starkem Beifall verließ Dr. Wirth den Saal. Mit großer Mehrheit nahm die Versammlung folgende Resolution an:

„Die Versammlung stellt sich geschlossen auf den Standpunkt, daß im Hinblick auf die immer weitergreifende Geldentwertung durch die fortgesetzte Steigerung der Preise für alle notwendigen Lebensmittel und Bedarfsartikel ein Ausgleich nur durch eine entsprechende Lohn- und Gehaltserhöhung herbeigeführt werden kann. Die Versammlung erwartet daher mit aller Bestimmtheit, daß die Regierung sofort in Verhandlungen mit der Organisationsleitung, in diesem Sinne energische Schritte zu unternehmen und verpflichtet sich, einmütig dieselbe bei allen etwaigen notwendigen werdenden Maßnahmen weitgehendst zu unterstützen.“

Berlin, 8. Jan. Der Wiedererbauminister Geßler sprach gestern in Essen vor einer Versammlung von Industriellen und Arbeitern; er versicherte, daß er die deutschen Gewerbetreibenden frei und unter eigener Verantwortung arbeiten lassen werde. — Die Neuwahl des Kölner Erzbischofs ist auf den 15. Januar festgesetzt worden. — General Ludendorff hat nach einer Meldung der „Stampa“ in einer Unterredung mit dem Arbeiter erklärt, er werde voraussichtlich bei den nächsten Reichstagswahlen als Kandidat aktiv Anteil nehmen.

Zwei Maschinengewehre gegen eins.
 Auf einer 11. S. P.-Versammlung des 13. Distrikts in der Aula der Lantshule in der Braunstraße berichtete Genosse Eichenhorn über den Leipziger Parteitag. Er erklärte u. a., er habe gegen Debebour und für die Resolution Söder gestimmt und verlange den Ausschluß an die Dritte Internationale. Ueberhaupt sei es die höchste Zeit endlich mal etwas zu unternehmen, um zur Regierung zu gelangen. Nur mit Gewalt sei etwas zu erreichen; wenn Roske ein Maschinengewehr austritt, so müßte das Polizeiarbeit zwei aufstellen.

Jahresplönage.
 Vor einigen Tagen war berichtet worden, daß in den Bahischen Amiin- und Sodafabriken in Ludwigshafen a. Rhein schriftliche Unterlagen für ein heimliches Geheimverfahren entdeckt wurden und von untreuen Angestellten an das feindliche Ausland verkauft worden seien. Nun ist in einem Berliner Blatt ein neuer Fall von Spionage entdeckt worden. Es handelt sich dabei um eine erst während des Krieges herausgekommene Erfindung, welche unseren Feinden noch unbekannt ist, und welche für unsere Landesverteidigung sowohl, als auch für unsere Landwirtschaft von größter Wichtigkeit ist. Drei technische Angestellte hatten Zeichnungen und Unterlagen entweder bei der Post oder einer feindlichen Macht zum Kauf angeboten. Im letzten Augenblick hat die Kriminalpolizei die ungetreuen Angestellten verhaftet, so daß in diesem Falle weiterer Schaden erstlichermesse nicht entstanden ist. In Zukunft wird aber doppelte Aufmerksamkeit geboten sein.

Wie mit Staatsgut umgegangen wird.
 Berlin, 9. Jan. Die „Post. Ztg.“ hatte vor einigen Tagen einen Aufruf veröffentlicht, in welchem aufsehererregende Zustände auf dem Schieß- und Truppenübungsplatz Jüterbog geschildert wurden. An dem Artikel wurde mitgeteilt, daß aus den Schießständen täglich für etwa 40 000 Mark Geschossmetall, welches Staatsbesitz ist, von Unbefugten herausgeholt würde. Es wurde ferner darauf hingewiesen, daß Tausende von Eisenbahnwagen, welche auf den Weisen der Militärbahn bei Jüterbog stehen, buchstäblich ausgeplündert worden sind. Die Wagen hätten bereits neun Monate auf den Weisen und es seien im Laufe der Zeit Werte von vielen Millionen Staatsbesitz auf diese Weise verloren gegangen.

Das war schlimm, noch schlimmer aber ist es, wie die Behörden auf den Vorstoß des Berliner Blattes reagiert haben. Die Kommandantur Jüterbog erklärt laut „Post. Ztg.“: Die Plagen über das Fortschleppen von Metall aus den Schießständen seien alt. Es seien sogar am Mittwoch, den 7. Januar, bei einer nun von der Kommandantur veranlassenen Aufsuchung allein über eine Million Geschossteile zu Tage befördert worden.

Die Kommandantur des Wehrkreises III teilt in aller Gütemut mit: „Es soll“ im Norden Berlins ein eigenes Konstitutum bestehen, das sich mit dem Verkauf dieses gelohlenen Metalls beschäftigt, und jetzt werde sich auf die Kriminalpolizei mit der Angelegenheit befassen.

Dem Fah den Boden schließt für unser Empfinden die Kenbung der Eisenbahndirektion Berlin aus. Sie erklärt, sie sei völlig machtlos, einzugreifen. Es handelt sich um insgesamt etwa 3000 Personen- und Güterwagen, welche reparaturbedürftig seien und bei der gegenwärtigen geringen Leistungsfähigkeit der Reparaturwerkstätten unbenutzt auf die Gleise abgestellt werden. Der Eisenbahndirektion sei bekannt, daß diese Wagen beraubt würden, dagegen lasse sich aber nichts machen.

Also einfach „Kamerad“. Hat eine derartige Vermehrung und eine solche Gefährlichkeit gegenüber öffentlichem Gut und den Werten, die der Gesamtheit gehören, vor Jahr und Tag wohl jemand für möglich gehalten? Legt man bei jedem Eisenbahnwagen einen Wert von 60 000 Mark zugrunde, so ergibt dies bei 3000 Wagen die ansehnliche Summe von 180 Millionen Mark. Sie werden langsam vor unseren Augen weggeschoben. Die Eisenbahndirektion in Berlin aber erklärt: „Da ist nichts zu machen.“

Die Propaganda für die Auslieferung der „Schuldigen“.

Berlin, 9. Jan. In den sinnlosesten Bedingungen des Friedensvertrages gehört die Forderung, daß Deutschland die von der Entente als „Schuldige“ Bezeichneten ausliefern soll. Würde es sich nur um solche Personen handeln, die zweifellos gemeine Verbrechen begangen haben, so brauchten wir für die keinen Finger zu rühren. Man muß jedoch bedürfen, daß viele aus exklusiven Positionen in ihrer Vaterlandsliebe gehandelt haben. Die Auslieferung würde zu den schwersten inneren Erschütterungen führen. Das erkennen auch bereits die Franzosen und darum sind einige Pariser Blätter, wie der „Lemps“, eifrig bemüht, im Interesse der deutsch-französischen Beziehungen und zu Heilfrohern ihrer Fortschritte machen zu wollen.

Die „Deutsche Tageszeitung“ warnt daher vor der für die Deutschen besonders verhängnisvollen Methode der Suggestion, vor der Propaganda zur Erzeugung von Bewirrung, Unzufriedenheit und Selbstverleugung. Die Entente wiederholt ihr altes Spiel, das sie vor dem Kriege und während seiner ganzen Dauer mit so glänzendem Erfolg geführt hat: den Deutschen einzuwideln, daß es ihre Feinde zu ihrem Schaden und ihrer Schande getan hätten wollen und zwar durch die Deutschen selbst, weil die Feinde es allein und zwar gegen die Deutschen, nicht durchzuführen können. Die französische Drohung, die Wilschuldigen, also das ganze deutsche Volk, müsse natürlich bestraft werden, wenn es die von der Entente nachhaft gemachten Persönlichkeiten nicht ausliefern, heißt, wie nieder die Entente unter Ergeßlich einbüßt. Selbst das kleine Holland hat auf das Bestimmteste erklärt, daß es allen Auslieferungsansprüchen, die nach dem bisherigen Brauch unredigiert sind, Widerstand leisten werden. Lassen wir uns erst auf die Auslieferung ein, so setzen wir unser Volk auf Jahre hinaus größten Gefahren aus.

Prämie auf den Meuchelmord.

Berlin, 9. Jan. Der Berliner Schweizerischen Gesandtschaft ist eine Verbalnote der deutschen Regierung übergeben worden, in welcher es u. a. heißt: Das „Journal du Peuple“ hat einen Artikel unter der Überschrift „Primaal Affaire“ gebracht, in welchem gemeldet wird, daß die französischen Soldaten, welche die deutschen Kriegsgefangenen bewachen, für jeden lebend zurückgeführten Flüchtling eine Prämie von 25 Franken, für jeden getöteten Flüchtling aber eine Prämie von 50 Franken erhalten. Das deutsche Auswärtige Amt wäre der Schweizerischen Gesandtschaft dankbar, wenn sie auf telegraphischem Wege ihre Vermittlung einleiten lassen würde, damit die Schweizerische Gesandtschaft in Paris bei der französischen Regierung gegen die zur Ermordung der Gefangenen geradezu auffordernde Verfügung den stärksten Einspruch erheben würde.

Amerongen, 8. Jan. Das Schloß ist durch Ueberflutung stark bedroht. Es werden alle Anstrengungen gemacht, um das Hochwasser aufzuhalten, indem man die Dämme rings um das Gut des Kaisers erhöht. Der Kaiser nimmt wie die gewöhnlichen Arbeiter an den Abwehrarbeiten teil. Wenn das Wasser noch um einige Zentimeter steigt, so wird das Erdgeschloß des Schlosses unter Wasser gesetzt.

Haag, 8. Jan. Die Zweite Kammer hat den Antrag der Regierung auf Aufnahme einer sprachenlosen Zwangsanleihe von 450 Millionen Gulden mit 58 gegen 25 Stimmen abgelehnt.

Paris, 9. Jan. Die zweite Pariser Friedenskonferenz wird ihre Arbeiten am Freitag, den 9. Januar, beenden. Die erste Frage, mit der man sich beschäftigen wird, wird die Kriegstage sein, in welcher zwischen England und Italien ein Uebereinkommen erzielt zu sein scheint, und zwar auf der Grundlage der Schaffung eines Freistaats Fiume.

National, 9. Jan. Der „Avanti“ meldet, daß in Sofia der Bolschewismus erhebliche Fortschritte gemacht habe. Sogar einige Minister sollen sich für die bolschewistischen Ideen ausgesprochen haben und die bolschewistische Bewegung begünstigen. Die Kommunisten verfügen über Waffen und Munition. In Philippopolis kam es zwischen den Bolschewisten und den Anhängern der Regierung zu blutigen Zusammenstößen, die den Charakter

einem wahren Schicksal trugen. Man zählt 120 Tote und viele verletzte Verwundete.

Condon, 8. Jan. Der „Times“ zufolge ist infolge der Ermordung Rostagnols im britischen Parlament der gesamte Zeitraum während dessen Deutsche nicht nach Indien gehen dürfen, noch weniger einseitig festgelegt worden, wird jedoch auf keinen Fall weniger als 3 Jahre betragen.

Kreuzer, 8. Jan. Die nationaldemokratische Partei in Nordamerika hat ihre Zustimmung zum Versailles Vertrag und ihre Ablehnung der Verdröpfung der Ratifikation im Senat ausgesprochen.

Hoover gegen Kutschen.

Washington, 9. Jan. Herbert Hoover wendet sich in einer Erklärung gegen eine Antiste Amerikas an die europäischen Länder. Hoover sagt, er sei bezüglich des Umfangs der Räte in Europa anderer Meinung als die ausländischen Propagandisten und der Ansicht, daß das gewaltige Geld durch gewöhnliche Handelsverträge bedehnt werden könne. Die Hauptfrage sei die Ratifikation des Friedensvertrags und die Wiederherstellung der normalen Handelsmethoden. Wenn Amerika Europa mit Brot versorgen sollte, so müßte dies unter der Bedingung geschehen, daß auch die europäischen Nationen ihren Anteil lieferten.

Japan will Schantung zurückgeben und rüstet weiter.

Nankin, 9. Jan. Laut „Allgemein Handelsblatt“ hat der japanische Premierminister in einer Unterredung erklärt, Japan werde sofort nach Unterzeichnung des Friedens die Frage der Rückgabe Schantung an China in die Hand nehmen. Es verhalte sich für sich nur die vormaligen deutschen Interessen, in der Hauptsache Handelsinteressen. — Das japanische Rüstungsprogramm enthält eine neue Verstärkung von 8 Schlachtkreuzern, 12 kleinen Kreuzern und 32 U-Booten.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Sonntagsgedenken (10. Januar.)

Friede.

Das höchste, was der Mensch besitzen kann, ist jene Ruhe, die der Seele, jener inneren Friede, die durch keine Leidenschaft verunreinigt werden kann.

Das ist der rechte Friede, der das Herz zufrieden stellt und die Seele ruhen läßt.

Das Herz fröhlich,
der Mut recht erlich,
die Lagen richtig,
auf Gott vertrauend
und auf ihn bauend,
das sind die Waffen,
die Frieden schaffen.

Alter Spruch.

Neuenbürg, 9. Jan. (Erhöhung der Eisenbahnfracht.) Wie schon angekündigt, wurde auf 1. April eine neue bedeutende Steigerung der Eisenbahnfrachten in Kraft treten. Wie man hört, soll der Lottf verdoppelt werden, also eine 100prozentige Erhöhung.

Berensfeld, 8. Jan. In der Nacht vom 7. auf 8. Januar wurden dem Landwirt und Kirchgemeindevorstand Wessinger hier die Fenster eingeschlagen, wodurch ihm ein Schaden von 60 bis 70 Mark zugefügt wurde. Wessinger ist bekannt als die treibende Kraft für die Wertspreiserhöhung auf 1 Mark das Liter.

Württemberg.

Stuttgart, 9. Jan. (Weinpreise und Ortsverflechter.) Wie die württembergische Gemeindegewaltung“ mitteilt, stellen einige Ortsverflechter des Neckars gegen die „Schwäbische Tagwacht“ einen Streik wegen eines angeblich beleidigenden Artikels, worin den Ortsverflechern von Weinorten vorgeworfen wird, sie hätten falsche Behauptungen über die Weinpreise gemacht.

Stuttgart, 9. Jan. Die städtische Polizeidirektion hat die Ausweisung von Rechtsanwählern, die nach wirtschaftliche Schäden, insbesondere Gauner, listigsteigend aufgenommen.

Leonberg, 9. Jan. (Zum 150jährigen Jubiläum des Leonberger Verdienstkreuzes) sind Preise im Gesamtwert von circa 10 000 Mark ausgeschrieben, für eine Prämierung von Fohlen, Stuten, Gevattern und Arabierpferden, sowie für landwirtschaftliche und gewerbliche Betriebe aller Art. Es werden nicht nur dem Jubeljahre des württembergischen Verdienstkreuzes entsprechend Prämien ausgeschrieben, sondern auch solche der Schlaggeschwindigkeit. Auch Hündlerpreise werden in besonderer Weise zugelassen. Erste Anwärter des Landes werden die Wertung der vorzulegenden Tiere vornehmen. Die Prämierung findet schon am 9. Februar statt, also 1 Tag vor dem Jubiläumsmarkt. Handelspapiere und Bedingungen können durch das Post-Büro Leonberg, bei Stuttgart, kostenlos bezogen werden.

Unterföhring, D. A. Herrenberg, 10. Jan. (Schwere Unfälle.) Das Spielen mit Handgranatenkindern hat in unserer Gemeinde schwere Unfälle herbeigeführt. Zwei schulpflichtige Knaben verletzten an ihre Kameraden solche Kinder. Als der 14jährige Jakob Beckmann ihn zuhause unterföhrte, explodierte der Zünder, er fiel ihm bei den Händen an der rechten Hand weg und verletzte ihn schwer im Gesicht. Dem 14jährigen Sohn des Weiblich Bauers ging es ebenso, er wurde verletzt und dort noch fünf weitere Personen verletzt, so daß drei ins Bezirkskrankenhaus Nagold gebracht werden mußten. Tags darauf spielte der 13jährige Sohn des Konrad Schüle ebenfalls mit einem Zünder, der ihm am Fuß schwer verletzte.

Münchingen, 9. Jan. (Der Kohlenmangel.) Die Schmelzwerkung Münchingen gibt bekannt, daß wegen Kohlenmangel, von 12. Januar ab sämtliche Schmelzwerke des Oberamtsbezirks Münchingen auf unbestimmte Zeit geschlossen sind.

Gmünd, 9. Jan. (Einigung in der Lohnfrage.) Die erhebliche Verteuerung der wichtigsten Lebensmittel veranlaßte die hiesigen Arbeiter in der Metallindustrie mit den Arbeitgebern wegen Lohnerhöhungen zu verhandeln. Diese Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen. Die Arbeitgeber gestanden jedoch eine Erhöhung der Stundenlöhne um 30-50 % zu. Die weitere eingeleitete Verhandlung soll mit der Industrie in Borsheim und Homau zusammengeführt werden.

Riedlingen, 8. Jan. (Eine hochwürdige Stiftung.) Generaldirektor Karl Frey und sein Bruder Theodor in Buenos-Aires richteten ihrer Heimatstadt 100 000 Mark zum Bau eines Vereinshauses, das allen portellosen und interprofessionellen Vereinen und vor allem der Jugend ein Heim bieten soll.

Oberndorf, 9. Jan. (Die Blutsch.) Wie schon berichtet, verstarb ein russischer Gefangener in den Weihnachtsfesten an den Wirtshaus Wirtshaus in Odenzell eine schwere Blutsch. Die Frau ist nunmehr gestorben. Der Risse, dessen Tätigkeit feststeht, hat im Krieg einen Kapitulanten erhalten, so daß ihm die schreckliche Tat nicht zu dollen Verzeihen kann.

Rohrsburg, 9. Jan. (Landtagspräsident Reil in Ravensburg.) Am Mittwochabend sprach Landtagspräsident Reil im Rauschhaus vor einer gewählten Jubiläumsgemeinde, die zum größten Teil aus Angehörigen der Arbeiterklasse bestand, in fast dreistündiger Rede über die gegenwärtige politische Lage. Zum Schluß seines Vortrags fand eine lebhafteste Debatte mit Vertretern

der Vorparlamenten statt. Die Ausführungen Reils wurden mit großem Beifall aufgenommen.

Conrad, 9. Jan. (Rüsterföhre.) Die beiden Söhne des Oekonom Alexander Pfister von Kronburg überfielen ihren Vater, als er morgens im Begriffe war, in den Stall zu gehen, waren ihm einen Strick um den Hals und wollten ihn an einem Haken aufhängen. Da Streitigkeiten in der Familie zur Tagesordnung zählten, so wurde dem Hüter des Vaters kein Gehör gegeben. Glücklicherweise zerriß der Strick. Die beiden Täter wurden verhaftet.

Weingarten, 9. Jan. (Wucher und Schwindel.) Vor einigen Tagen hat ein fremder Herr einer hiesigen Frau für 400 Mark Silbergeld 3000 Mark in Papier an. Nachdem er die 400 Mark in Silber empfangen, übergab er der Frau ein Bündchen, das nach seinen Angaben 100 Scheine zu 50 Mark enthielt und verpackt. Als die Frau das Bündchen öffnete, mußte sie jedoch mit Schreien erwidern, daß nur der oberste und unterste Schein eine 50 Mark-Banknote war, die zwischengelagerten Scheine aber in leeren Papier bestanden. Geschichte ihr recht!

Tom Oberland, 9. Jan. (Wenns nur blüht!) Gingen da zwei alte, aber noch rüstige Männer, denen es nicht wohl war, in die Oberamtstadt zum Arzt, um nach dem „dummen Ding“ schauen und sich eine „Gutter“ (Pflauche) verschreiben zu lassen. Vor ihrem schweren Gang trank jeder noch drei Steine Bier. Dann ging's zum Arzt, und der konstatierte bei beiden Lungenentzündung, verschrieb ein Rezept und behielt beide beim ins Bett. Der eine tats und kam mit 14 Tagen davon. Der andere war eigenföhner, ging zu einem behandelnden Wirt und trank vor dem Nachschlafen nochmals drei Steine Bier. Am nächsten Tag war er gesund. Er besuchte seinen kranken Kameraden und verpackte ihn noch zu seiner Krankheit: „Hilfst Du auch die gleiche Mistur genommen, wie ich, so dürftest Du nicht ins Bett liegen.“ Die beiden Alten haben „70“ mitgemacht, und der sich gesund getrunken, ist sogar anno 1866 dabei gewesen.

Baden.

St. Georgen, 8. Jan. In der Wirtschaft zur „Stunde“ im Hochwald, Gemarkung Gremmelsbach, stelte am Sonntag nachmittag ein 12jähriger Knabe, den die Wirtsleute angenommen hatten, im Scherze auf die 26 Jahre alte Hausdame Therese in der Meinung, das Gewehr sei nicht geladen. Der Schuß ging los und traf das Mädchen in die rechte Stirnseite. Die Verwundete wurde sofort ins Krankenhaus gebracht und operiert. Die Hirnhöhle war zertrümmert und das Gehirn, das bloß lag, war herausgetreten. Das Mädchen war nicht mehr zu retten; es starb am nächsten Tage.

Heidelberg, 8. Jan. Hier wurde ein kommunistischer Kirchenführer wegen Hochverrats verhaftet. Er stellte sich als bezahlter Agent der Bolschewisten heraus, der durch Versprechungen hoher Geldbeträge für seine Partei warb.

Neulohrheim (h. Schwellingen), 9. Jan. Am Mittwochabend wurde der 36jährige Landwirt Georg Wartus von Kirrlach, etwa 300 Meter außerhalb Neulohrheim, von einem bis jetzt unbekanntem Täter aus dem Hinterhalt erschossen. Der Täter wollte die Botschaft des Getöteten in Höhe von 3000 Mark rauben, wurde daran aber durch ein hinzukommendes Fuhrwerk gehindert. Ein Verdächtiger wurde verhaftet.

Vermischtes.

Von der bayerischen Grenze, 9. Jan. In Daxau begehrte abends gegen 11 Uhr ein Mann Einlaß im Pfarrhof und fragte nach dem Pfarrer und den Vikaren. Diese befanden sich bei einer Weihnachtsfeier, ebenso auch die Schwester des Pfarrers. Darauf schlug der Mann das Dienstmädchen nieder, bedauerte es, seßelte es, ihm zugleich den Revolver vorbindend. Dann begab er sich auf die Suche nach Geld und taubte, was ihm an Geld in die Hände fiel. Als der Pfarrer Laufenerberg gegen 11 Uhr nach Hause kam, fand er das bestimmungslose Mädchen am Boden liegend; es kam erst nach längerem Bemühen wieder zu sich und berichtete über den Vorfall.

Aus der guten alten Zeit. Das Spinnen der Großmutterzeit kommt wieder zu Ehren. Nachdem alle Geplante unerschwinglich teuer geworden sind, fangen die Frauen und Mädchen da und dort wieder an, selbst Garn zu spinnen. Der badische Frauenverein hat die Wiedererregung der Spinnkunst angeregt.

Angewöhnlich strenge Kälte herrscht namentlich im südlichen Norwegen. An mehreren Stellen sind 35 Grad Celsius unter Null gemessen worden. — Aus Kopenhagen meldet man Kälte wie seit Weihnachtsgedenken nicht und Schneefälle.

Neueste Nachrichten.

Stuttgart, 9. Jan. Ueber das in die Schweiz abgewanderte deutsche Kapital sagte Reichsminister Erzberger in der dritten seiner Vernehmungen in Friedrichshafen: Es werde mit der Schweiz eine Vereinbarung getroffen zu gegenseitigem Rechtsschutz in Steuerfragen, und im Notfall werde das abgewanderte Kapital der Enteente an Zahlungsstatt überlassen. — Eine Lösung, die allerdings wahrscheinlich von den meisten Seiten als lebhafteste begrüßt wurde.

Münchingen, 9. Jan. Wegen vollständiger Einigung der Kohlenzufuhr infolge Streiks und Hochwasser wird vom 13. Januar an der gesamte Personenzugverkehr in Bayern eingestellt. Schon am 10. Januar fallen einzelne Personenzüge aus. Der Güterverkehr wird auf das allernötigste beschränkt.

Mainz, 9. Jan. Von Januar ab ist die Rheinschiffahrt auch bei Nacht gestattet worden um dadurch die Leistungen insbesondere der Kohlenverfrähtungen zu heben. Die feindlichen Belagerungsbedehnen haben die notwendigen Anordnungen getroffen. Ueber Schiffe aber, der die Schifffahrt zu Schmutzgewannen nicht erlaubt, wird sofort den Militärgerichten übergeben werden.

München, 10. Jan. Gestern beschloß der aus allen Teilen Bayerns stark belagte, Parteiung der Bayerischen Volkspartei (Zentrum) mit überwältigender Mehrheit nach einem Antrag Heim die sofortige Lösung der Arbeitsgemeinschaft mit der Reichstagsfraktion, also den Austritt aus der Zentrumstraktion der Nationalversammlung. Die Einigung der christlichen Bauernvereine und des Bayerischen Bauernbundes wird in der Generalsammlung der letzteren beschlossen werden. Diese ist wegen der Kohlennot vom 15. Januar bis auf weiteres verschoben worden.

München, 9. Jan. Vor dem Reichsgericht München begann heute der Prozeß gegen den „Militärminister der Kaiserrepublik“, den vertriebenen Kellner Wilhelm Reichardt wegen Hochverrats. Es wird ihm zur Last gelegt, die Rose Kermec aufgestellt und sie gegen die Regierungstruppen in Bewegung gesetzt zu haben. Unter der großen Zahl von Zeugen befindet sich auch der frühere Militärminister Schwenninger. Reichardt gehört seit Januar 1919 der kommunistischen Partei an.

Köln, 9. Jan. Der englische Oberbefehlshaber General Robertson richtete an die Arbeiter- und Bauernschaft in der Rhein- und Ruhrgebiete die Aufforderung, sofort die Arbeit wieder aufzunehmen. Andernfalls würden sehr schwerwiegende Maßnahmen ergriffen. Wenn die Arbeit wieder aufgenommen sei, könne auf dem vorgeschriebenen Wege gemäß der Bekanntmachung vom

16. April 1919 verfahren werden. Der General versicherte die Arbeitswilligen seines Schutzes: „Neben, der andere von der Arbeit abhalten will, macht sich strafbar, wird vor ein Kriegsgericht gestellt und hat schwere Strafen zu gewärtigen.“

Berlin, 10. Jan. Der von der Sozialdemokratischen Partei für die Sturz-Untersuchung eingesetzte Ausschuß nahm gestern die Vernehmung mehrerer Zeugen vor. Sie wird heute fortgesetzt. In Sachen einer angeblichen Prämie für die Ermordung von Liebknecht und Rosa Luxemburg ist Sonnenfeld senior die öffentliche Beschuldigungsklage gestellt worden. — Der Reichsoberhand der deutschen Industrie hat die Fraktionen der Nationalversammlung, namentliche Ablehnung über das Betriebsrätegesetz zu beantragen. — Bei der Vorabendwahl in der Danziger Stadtverordnetenversammlung erhielt der bisherige Vorsitzende von der Wirtschaftlichen Vereinigung, außerdem ein Mitglied der Deutschen Nationalen und ein Demokrat die Mehrheit der Stimmen. Die Sozialisten trugen kein Amt davon.

London, 8. Jan. Das erste mit deutscher Bemannung besetzte Schiff, „Adonia Fischer“, das seit Beginn des Krieges hier anlegte, ist heute in Cardiff eingetroffen, um am Corned Beef für Deutschland zu laden. Die Dockarbeiter haben sich jedoch geweigert, das Schiff zu beladen und erklärten, wenn überschüssige Lebensmittel vorhanden seien, so könnten sie in England verteilt werden.

Kairo, 9. Jan. Die fortischen nationalen Freiwilligen brachten den Jaz, mit dem der Hauptstab Gourauds auf der Straße Beirut-Damaschus fuhr, zum Stehen und entführten den Stab in die Berge. Es wird angenommen, daß der Stab im Begriffe war, sich nach Damaskus zu begeben, um Untersuchungen über das Gesech bei Saalbet anzustellen.

Prozeß Erzberger—Heßlerich.

Berlin, 9. Jan. Zu der Zeitungsnachricht, daß der Heßlerichprozeß der Verlegung anheim fallen würde, erklärt Voerstaatsanwalt Krause: Die Zeitungsnachricht ist unrichtig. Sowohl die Beteiligten (Angeklagten und Nebenkläger), wie die Allgemeinheit haben das größte Interesse daran, daß die wider den Reichstagsminister Erzberger erhobenen Beerdürfe so bald und so gründlich wie möglich vor Gericht nachgeprüft werden. Man hat der Angeklagte zwar erst in diesen Tagen für seine Behauptungen einen sehr umfangreichen Beweis angetreten. Indessen werden die Justizbehörden alle Kraft daran setzen, um die vorgeschlagenen Beweismittel (Zeugen und Urkunden) rechtzeitig zur Stelle zu schaffen. Doch ist mit hoher Wahrscheinlichkeit darauf zu rechnen, daß die Verhandlung spätestens am 19. Januar beginnt und ohne Unterbrechung zu Ende geführt wird.

Streik, BetriebsEinstellung wegen Kohlenmangel.

Doelmund, 10. Jan. Hier fand gestern Abend eine von etwa 6000 streikenden Eisenbahnern besuchte Versammlung statt, die sehr stürmisch verlief. Einstimmig wurde erklärt, die Arbeit nicht früher aufzunehmen, bis sämtliche Forderungen restlos erfüllt seien. Die Versammlung lehnte es ab, den Gewerkschaftsvorständen einen die Streikleitung in die Hand zu geben.

Essen, 9. Jan. Der Streik der Eisenbahner hat sich weiter ausgebreitet. Duisburg nimmt keine Züge mehr an. D-Züge müssen in Speidor umgeleitet werden. Im Osterfeld, Kupferedre und Kettwig hat der Streik begonnen. Im Dortmunder Hauptbahnhof wird der Verkehr nur noch notdürftig aufrecht erhalten. Duisburg, 9. Jan. Die Eisenbahnarbeiter von Groß-Duisburg haben in einer Versammlung gestern Abend beschlossen, heraus früh in den Streik zu treten. Die Kohlarbeiten sollen ausgeführt werden.

Hörde, 9. Jan. Infolge des durch den Eisenbahnstreik erneut eingetretenen Kohlenmangels sieht sich die Allgemeine Arbeiter-Vereinigung genötigt, den gesamten Betrieb der Hörder Werke ab 10. d. Mts. bis auf weiteres stillzulegen.

Vor der Unterzeichnung.

Paris, 9. Jan. Morgen um 4 Uhr nachmittags findet im Ministerium des Aeußeren die Generalkonferenz der Unterzeichnung des Protokolls statt, durch welches der Waffenstillstand beendet wird, sowie der Austausch der Ratifikationsurkunden, wodurch endgültig der Friedenszustand zwischen den Alliierten und Deutschland wieder hergestellt wird.

Der Austausch der Ratifikationsurkunden wird die unverzügliche Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen den Alliierten und Deutschland zum Ergebnis haben. — Es ist wahrscheinlich, daß Herr v. Bernner als Gesandter bezeugnet wird. Am folgenden Tage wird Herr v. Blarreich als französischer Gesandter Paris verlassen, um sich nach Berlin zu begeben. Eine andere Folge wird die sofortige Heimkehr der deutschen Kriegsgefangenen sein. Damit der Austausch der Ratifikationsurkunden morgen erfolgen kann, mußte die technische Kommission Verordnungen bis morgens 4 Uhr an der Arbeit sein. Die verwaltungsrechtlichen und die sich aus der Anstufung ergebenden Fragen sind nun geregelt. Heute nachmittag muß noch eine Sitzung der alliierten technischen Sachverständigen über die Auslieferung der deutschen Schuldigen stattfinden.

Rückkehr der Gefangenen.

Köln, 9. Jan. Die Reichsstelle Köln für Kriegsgefangenenrückkehr schreibt: Nach Mitteilung des französischen Oberkommandos in Mainz beginnt zwei Tage nach der Ratifikation des Friedens der Abtransport der Kriegsgefangenen aus Frankreich, und zwar werden, wie schon gemeldet, zunächst die im besetzten Gebiet Beheimateten zurückgeführt werden.

Die Auslieferungsliste.

London, 9. Jan. Man hat gestern in diplomatischen Kreisen vernommen, daß die Liste der schuldigen Deutschen beträchtlich verkleinert worden ist. Von etwa 1200 Namen, die zuerst darauf standen, verblieben nur noch 300, darunter der des deutschen Kronprinzen und des Prinzen Rupprecht von Bayern. — „Globe“ meldet, daß Sir Gordon Howard, der sich augenblicklich in Paris befindet, beauftragt worden ist, das an die Niederlande zu richtende formelle Gesuchen um Auslieferung des vormaligen deutschen Kaisers fertigzustellen.

Feindliche Heerden.

Sauerwein, der Auslandsdirektor des „Waffen“, beschäftigt sich vom Haag aus mit der Frage, ob wenn Deutschland den Krieg gewonnen hätte, Holland seine Unabhängigkeit hätte beibehalten können. Um nun den Holländern zu beweisen, welche Dankbarkeit sie den Armeen der Entente schulden, gibt Sauerwein eine ganze Menge aus dem Zusammenhang gerissener Meißerungen deutscher Militärs, Staatsmänner und Schriftsteller. Sauerwein erklärt kurz und bündig: Der Sieg der Entente hat Holland die Sicherheit und die Unabhängigkeit gebracht. Der Sieg Deutschlands hätte ihm eine unehrenhafte Unterwerfung, wenn nicht schlimmeres gebracht. Er sei mehr als erlaunt, daß die Holländer so blind und so unandbar seien, das zu befreiten.

Briefkasten der Schriftleitung.

Anonymer Einsender in Feldbrunn. Einwendungen ohne Namensunterzeichnung, das haben wir schon wiederholt betont, kann keine Aufnahme gewährt werden.

Oberamt 9. Bekanntmachung des Bezirksamtes

Für die Bezirkswahl für die Wahlvorschläge eingereicht worden gegeben werden:

Politischer

1. Erich Weik, Landwirt
2. Reinhold Haerle, Sch.
3. Fritz Burkhardt, Metzger
4. Karl Commerell, Sch.
5. Gustav Schaldie, Sch.
6. Martin Egg, Kaufm.
7. Wilhelm Reuter, Sch.
8. Gottlieb Reinfelder, Sch.

Wahlvorschlag des Hinteren

1. Karl Aul, Landwirt
2. Karl Wacker, Fabrikant
3. Emil Fleg, Volkswirt
4. Christian Wacker, Holzhan.
5. Ernst Rüdiger, Wäcker
6. August Walther, Freize.
7. Christof Müller, Gemeindev.
8. Philipp Reckle, Landwirt

Wahlvorschlag der Sozialisten

1. Joh. Volkmer, Goldarbeiter
2. Wilhelm Dichter, Fasser
3. Wilhelm Dengler, Graveur
4. Adolf Drog jr., Opijer
5. Gottlieb Reckle, Goldarbe.
6. Friedrich Stauner,
7. Fr. Heinselmann, Schriftst.
8. Gottlieb Vörcher, Kaufman.

Verbunden sind und gebildete: Nr. 1 — Politischer Wahlvorschlag der Gemeindev.

Die Schultheißenämter durch die Gemeindeväter binnen 22. Januar 1920, vornehmlich besonders auf die Bestimmung der Ortsvorsteher jedem Mitglied 3 Tage vor der Gemeindeväter Ratifikation, schriftlich mitzuteilen der Bezirksratsmitglieder stattdruckter Stimmzettel werden gegeben.

Das Nähere über die Schultheißenämtern in einem mit der Post zugeht, bekannt den 10. Jan. 1920.

In Heimsheim O/A. Maul- und angedrohen.

Neuenbürg, 5. Jan. 1920

Deutscher Metallarbeiter-Zahlstelle

Am Sonntag, den 11. 3 Uhr, findet in der Wirtschaft Mitglieder-

Tagesordn.

1. Bericht von der V.
2. Jugendbund und
3. Verschiedenes.

Zu dieser Versammlung sind Gewerkschafterinnen sowie freundschaftlich eingeladen.

Wir suchen für sofort gründlichen Ausbildung

Großherzogtum Goldschmied-

Polierinnen- Bergolderinnen- Bäckerinnen-

Führer & Vize

Berzeichnisse der betr. Verordnung gegen die

find nach amtlicher Vorchrift an C. Meich

